



Amtliche Bekanntmachung der Universität Konstanz

Nr. 15/2008

**Prüfungs- und Studienordnung der Universität
Konstanz für den Master-Studiengang
*Politik- und Verwaltungswissenschaft***

Vom 13. März 2008

Herausgeber:
Justitiariat der Universität Konstanz, 78457 Konstanz, Tel.: 07531/88-2685

Prüfungs- und Studienordnung der Universität Konstanz für den Master-Studiengang *Politik- und Verwaltungswissenschaft*

vom 13. März 2008

Aufgrund von § 34 Abs. 1 S. 3 iVm § 19 Abs. 1 Nr. 9 Landeshochschulgesetz (LHG) hat der Senat der Universität Konstanz am 13. Februar 2008 die nachstehende Prüfungs- und Studienordnung beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung gem. § 34 Abs. 1 S. 3 LHG am 13. März 2008 erteilt.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck der Master-Prüfung**
- § 2 Graduierung**
- § 3 Regelstudienzeit**
- § 4 Struktur**
- § 5 Studiumumfang**
- § 6 Prüfungsausschuss**
- § 7 Prüfer**
- § 8 Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzfristen**

II. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

- § 10 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen**
- § 11 Anmeldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen**
- § 12 Studienbegleitende Prüfungstermine**
- § 13 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen**
- § 14 Vergabe von ECTS-Credits**
- § 15 Lehr- und Prüfungssprachen**

III. Prüfungen und Fristen für das Ablegen der Prüfungen

- § 16 Inhalt, Art und Umfang der Master-Prüfung**
- § 17 Anmeldung und Zulassung zu Teil II (Master-Thesis) der Abschlussprüfung**
- § 18 Teil I der Abschlussprüfung (studienbegleitende Prüfungsleistungen)**
- § 19 Teil II der Abschlussprüfung (Master-Thesis)**
- § 20 Bewertung der Master-Prüfung, Bildung der Noten**
- § 21 Zeugnis, Urkunde**

IV. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

- § 22 Wiederholung von Prüfungen, Nichtbestehen der Gesamtprüfung**
- § 23 Bescheinigung über Nichtbestehen der Gesamtprüfung**

V. Schlussbestimmungen

- § 24 Ungültigkeit**
- § 25 Rechtsmittel**

§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 27 In-Kraft-Treten

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck der Master-Prüfung

(1) Die Master-Prüfung bildet den weiteren berufsqualifizierenden Abschluss eines konsekutiven Studiengangs im Sinne der ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 3 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen gem. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 im Fach Politik- und Verwaltungswissenschaft. Durch die Master-Prüfung soll der Kandidat*¹ zeigen, dass er vertiefte wissenschaftliche Fachkenntnisse aufweist und in der Lage ist, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten und wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden. Ziel der Ausbildung ist die Vermittlung von vertieften Kenntnissen über politik- und verwaltungswissenschaftliche Fragestellungen in einem der vier Programme Internationale Beziehungen und Europäische Integration (International Relations and European Integration), Vergleichende Politik und Policy-Analyse (Comparative Politics and Policy Analysis), Öffentliche Verwaltung und Konfliktmanagement (Public Administration and Conflict Management), Management und Organisation (Management and Organizational Behavior). Der Student soll sich mit den Grundfragen dieser Bereiche vertraut machen und sich für Tätigkeiten in wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen qualifizieren.

(2) Der an der Universität Konstanz erworbene Grad "Master of Arts in Politik- und Verwaltungswissenschaft" berechtigt seinen Inhaber nach Maßgabe der Promotionsordnung der Universität Konstanz eine Doktorarbeit im Fach Politikwissenschaft oder Verwaltungswissenschaft zu beginnen und in ein Promotionsverfahren zum Doktor rer. soc. einzutreten.

§ 2 Graduierung

Aufgrund der bestandenen Master-Prüfung verleiht die Universität Konstanz den akademischen Grad "Master of Arts" (M.A.) in der Fachrichtung Politik- und Verwaltungswissenschaft (Master of Arts in Politik- und Verwaltungswissenschaft).

§ 3 Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester, einschließlich der Zeit für das Anfertigen der Master-Thesis.

¹ Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen, die in dieser Studien- und Prüfungsordnung in männlicher Form erscheinen, betreffen gleichermaßen Frauen und Männer und können auch in der entsprechenden weiblichen Sprachform geführt werden. Dies gilt auch für die Führung von Hochschulgraden, akademischen Bezeichnungen und Titeln.

§ 4 Struktur

(1) Das politik- und verwaltungswissenschaftliche Master-Studium umfasst das wissenschaftliche Kernfach Politik- und Verwaltungswissenschaft und Lehrveranstaltungen in Nachbardisziplinen. Das Kernfach gliedert sich in die vier Programme Internationale Beziehungen und Europäische Integration (International Relations and European Integration), Vergleichende Politik und Policy-Analyse (Comparative Politics and Policy Analysis), Öffentliche Verwaltung und Konfliktmanagement (Public Administration and Conflict Management), Management und Organisation (Management and Organizational Behavior). Im Rahmen des Studiums wird in einem der vier Programme eine Spezialisierung durchgeführt. Im Programm der Spezialisierung müssen in Modul 2 mindestens ein Grundlagenseminar und in Modul 3 mindestens 2 Seminare belegt werden. Die Spezialisierung ist erfolgt, wenn die entsprechenden Prüfungsleistungen nachgewiesen worden sind. Im Diploma Supplement wird die Spezialisierung im entsprechenden Programm bestätigt. Es handelt sich um einen stärker forschungsorientierten Studiengang im Sinne der ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen entsprechend dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003.

(2) Der Studiengang ist modular aufgebaut. Ein Lehrmodul ist eine Studieneinheit bestehend aus mehreren Lehrveranstaltungen, die sich entweder methodisch oder inhaltlich aufeinander beziehen.

(3) Ein Auslandsstudium an einer der Partnerhochschulen des Fachbereichs wird ausdrücklich empfohlen.

(4) Ein zweimonatiges Praktikum wird ausdrücklich empfohlen. Der Beauftragte für den Arbeitsaufenthalt unterstützt die Studierenden bei der Suche nach einem Praktikumsplatz.

§ 5 Studiumumfang

Der Studiumumfang entspricht in der Regel insgesamt 120 ECTS-Credits.

§ 6 Prüfungsausschuss

(1) Für die Durchführung und Organisation der Master-Prüfung wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Der Prüfungsausschuss wird bei der Organisation von Prüfungen vom Zentralen Prüfungsamt unterstützt. Er trifft die im Rahmen der Prüfungsverfahren erforderlichen Entscheidungen nach Maßgabe der Prüfungsordnung, soweit in dieser Prüfungsordnung oder anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist. Der Prüfungsausschuss kann dem Vorsitzenden widerruflich die Erledigung einzelner Aufgaben übertragen.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung.

(3) Der Prüfungsausschuss besteht aus:

1. drei Hochschullehrern des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft,
2. einem akademischen Mitarbeiter des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft,
3. zwei Studierenden des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft, mit beratender Stimme,
4. dem Sekretär des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme als ständiges Mitglied.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder gemäß Absatz 3 Nummer 1 und 2 beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des Fachbereichsrats durch die Studienkommission.

(5) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter aus der Gruppe der Hochschullehrer.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und die Prüfer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(8) Der Prüfungsausschuss kann in einfach gelagerten Fällen seine Entscheidungen auch im Rahmen eines elektronischen Umlaufverfahrens treffen.

§ 7 Prüfer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und bestimmt die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen. Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen.

(2) Zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sind in der Regel nur Hochschullehrer und Privatdozenten befugt. Akademische Mitarbeiter und Lehrbeauftragte können nur dann ausnahmsweise zu Prüfern bestellt werden, wenn Hochschullehrer und Privatdozenten nicht in genügendem Ausmaß als Prüfer zur Verfügung stehen. Satz 1 gilt entsprechend für akademische Mitarbeiter mit langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit, denen das Rektorat die Prüfungsbefugnis übertragen hat.

(3) Die studienbegleitenden Prüfungen werden von dem Leiter der jeweiligen Lehrveranstaltung abgenommen.

(4) Die Ausgabe von Themen für die Master-Thesis sowie die Betreuung und Bewertung dieser Arbeiten kann nur Hochschullehrern und Privatdozenten sowie akademischen Mitarbeitern, denen vom Rektorat die Prüfungsbefugnis eingeräumt wurde, übertragen werden.

§ 8 Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen einer Universität oder einer gleichgestellten deutschen oder ausländischen Hochschule werden auf schriftlichen Antrag des Studenten anerkannt, soweit sie gleichwertig sind. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen den im Studienfach „Politik- und Verwaltungswissenschaft“ vorgeschriebenen Prüfungsleistungen im Wesentlichen entsprechen. Der Student hat die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(2) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen, sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, in staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien und Fachhochschulen gilt Absatz 1 entsprechend.

(4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ (4,0) aufgenommen.

(5) Entscheidungen nach Absatz 1 bis 4 trifft der Prüfungsausschuss im Zusammenwirken mit den jeweiligen Fachvertretern.

(6) Die Anerkennung von Teilen der Master-Prüfung kann versagt werden, wenn mehr als die Hälfte aller studienbegleitenden Prüfungsleistungen und/oder eine Prüfungsleistung der Abschlussprüfung anerkannt werden soll. Ein Antrag auf Anerkennung einer Prüfung muss durch ein vom Prüfungsausschuss zu bestimmendes, für dieses Fach zuständiges Mitglied des Fachbereichs oder der beteiligten Fachbereiche befürwortet werden.

§ 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzfristen

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Kandidat einen Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird, es sei denn, der Kandidat hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden.

(3) Bei Krankheit des Kandidaten bzw. eines von ihm allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes (unter Verwendung des entsprechenden Vordrucks des Zentralen Prüfungsamtes) und in Zweifelsfällen ein Attest eines von der Hochschule benannten Arztes verlangt werden. Wird der Grund anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(4) Die Master-Prüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters abzuschließen. Hat der Kandidat die Master-Prüfung nicht bis zum Ende des siebten Semesters abgeschlossen, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der Kandidat hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.

(6) Über die Folgen eines ordnungswidrigen Verhaltens, namentlich eines Täuschungsversuchs entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann unter Berücksichtigung der Schwere des Verstoßes folgende Entscheidungen treffen:

1. Wiederholung einzelner oder mehrerer Prüfungsleistungen,
2. Bewertung der Prüfungsleistungen, auf die sich das ordnungswidrige Verhalten bezieht, mit „nicht ausreichend“ (5,0) und entsprechende Einbeziehung in die Ermittlung der Noten oder
3. Erklärung der Prüfung oder des Prüfungsteils als nicht bestanden.
4. In wiederholten oder besonders schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(7) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(8) Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(9) Der Kandidat kann innerhalb einer Frist von vier Wochen verlangen, dass Entscheidungen gemäß Absatz 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.

(10) Auf Antrag sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet. Gleichfalls sind die Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsurlaub und Elternzeit (BEEG) auf Antrag zu berücksichtigen. Der Kandidat muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise

schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume er die Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elternzeit nach dem BEEG auslösen würden, und teilt dem Kandidaten das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der Master-Thesis kann nicht durch die Elternzeit unterbrochen werden. Das gestellte Thema gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit erhält der Kandidat ein neues Thema.

(11) Auf Antrag können Tätigkeiten von Studierenden in der Selbstverwaltung der Universität oder des Studentenwerks bis zu zwei Semester bei der Berechnung der Prüfungsfristen berücksichtigt werden.

II. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

§ 10 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

(1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen sind schriftlich als Hausarbeit oder in Form einer etwa zwei- bis dreistündigen Klausur zu erbringen. Klausuren in Form des Antwort-Wahl-Verfahrens sind ausgeschlossen. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Bearbeitungsfrist für die Hausarbeiten beträgt höchstens vier Wochen.

(2) Macht ein Kandidat durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so gestattet ihm der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 11 Anmeldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen

(1) Zu den studienbegleitenden Prüfungen muss sich der Kandidat anmelden. Das Verfahren zur Anmeldung wird vom Prüfungssekretariat bekannt gegeben. Die Termine für die Anmeldung legt der Prüfungsausschuss fest und gibt sie unter Angabe einer Ausschlussfrist durch Aushang bekannt.

(2) Wird eine Prüfung ohne Anmeldung absolviert, so wird die Prüfung unabhängig vom Resultat als ungültig betrachtet und nicht als Versuch gewertet.

(3) Mit der Anmeldung zur ersten studienbegleitenden Prüfung muss der Kandidat beim Prüfungsausschuss die Zulassung zu den studienbegleitenden Prüfungen beantragen.

(4) Zu den studienbegleitenden Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer

1. im Master-Studiengang Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz immatrikuliert ist und
2. seinen Prüfungsanspruch in diesem Master-Studiengang nicht verloren hat.

(5) Dem Zulassungsantrag ist der Immatrikulationsnachweis beizufügen.

(6) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann die Entscheidung dem Vorsitzenden übertragen. Falls der Studierende nicht zugelassen werden kann, wird ihm dies schriftlich vom Prüfungssekretariat mitgeteilt; die Ablehnung ist mit einer Begründung zu versehen.

(7) Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn die in Abs. 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

(8) Ist es dem Studierenden nicht möglich, eine nach Absatz 5 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf eine andere Art zu führen.

§ 12 Studienbegleitende Prüfungstermine

Die studienbegleitenden Prüfungsleistungen sind jeweils zum Ende der Vorlesungszeit des laufenden Semesters, spätestens bis 15. September bzw. 15. April zu erbringen, es sei denn der Studierende hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

§ 13 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (Einzelnoten) werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über dem Durchschnitt liegt
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen sind Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Notenwerte um 0,3 zulässig. Dabei sind die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.

(3) Wird eine Prüfungsleistung von mehreren Prüfern bewertet, so errechnet sich deren Note aus dem Durchschnitt der Noten der Prüfer. Bei der Bildung der Noten für einzelne Prüfungsleistungen wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

Die so errechnete Prüfungsnote lautet:

Bei einem Durchschnitt bis 1,3	= ausgezeichnet
bei einem Durchschnitt über 1,3 bis 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt über 4,0	= nicht ausreichend.

(4) Für die einzelnen Module werden Gesamtnoten gebildet. Die Note eines Moduls errechnet sich aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen in diesem Modul. Bei der Bildung der Noten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(5) Für die Berechnung der Gesamtnote gilt Absatz 3 Sätze 1 bis 3 analog iVm § 20 Abs. 4. Für die Bildung der Gesamtnote gilt die Notenskala gem. Absatz 3 entsprechend. Die Gesamtnote wird jeweils mit einer Dezimalstelle ausgewiesen.

§ 14 Vergabe von ECTS-Credits

(1) ECTS-Credits (cr) für studienbegleitende Prüfungsleistungen sind nur dann zu vergeben, wenn die für die jeweilige Veranstaltung erforderlichen Leistungen erfolgreich erbracht wurden.

(2) Die Master-Thesis gemäß § 19 wird mit 30 ECTS-Credits verrechnet.

§ 15 Lehr- und Prüfungssprachen

(1) Lehrveranstaltungen werden in englischer oder deutscher Sprache abgehalten. In einigen Programmen kann der Anteil deutschsprachiger Kurse klar überwiegen.

(2) Prüfungsleistungen können in deutscher oder in englischer Sprache erbracht werden. Für die Wahl der Sprache ist die Zustimmung der Prüfer erforderlich.

III. Prüfungen und Fristen für das Ablegen der Prüfungen

§ 16 Inhalt, Art und Umfang der Master-Prüfung

(1) Die Master-Prüfung besteht aus zwei Teilen. In Teil I sind insgesamt elf studienbegleitende Prüfungsleistungen gemäß § 18 in Verbindung mit § 10 zu erbringen, ferner sind zwei Studienleistungen in Modul 1 zu erbringen; Teil II ist die Master-Thesis gemäß § 19.

(2) Studien- und Prüfungsleistungen, die schon Bestandteil einer abgeschlossenen Bachelor-Prüfung in Politik- oder Verwaltungswissenschaft waren, können für die Master-Prüfung nicht anerkannt werden.

§ 17 Anmeldung und Zulassung zu Teil II (Master-Thesis) der Abschlussprüfung

(1) Zu Teil II der Abschlussprüfung (Master-Thesis) kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Universität Konstanz im Master-Studiengang Politik- und Verwaltungswissenschaft immatrikuliert ist,
2. seinen Prüfungsanspruch im Master-Studiengang nicht verloren hat,
3. alle erforderlichen studienbegleitenden Prüfungsleistungen gemäß § 18 erbracht hat.

(2) Die Zulassung zur Master-Thesis soll unmittelbar nach Bestehen der letzten studienbegleitenden Prüfung beantragt werden. Wird nicht innerhalb von zwei Monaten nach dem Bestehen der letzten studienbegleitenden Prüfung die Zulassung zur Master-Thesis beantragt, so teilt der Prüfungsausschuss dem Kandidaten ein Thema und die Prüfer zu, wobei ein Prüfer gleichzeitig als Betreuer der Master-Thesis bestellt wird. Über Ausnahmefälle entscheidet auf schriftlichen Antrag der Prüfungsausschuss.

(3) Die Anmeldung verbunden mit dem Antrag auf Zulassung zur Master-Thesis ist schriftlich an den Prüfungsausschuss zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:

1. die Nachweise der in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen und
2. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat im Fach Politikwissenschaft oder Verwaltungswissenschaft bereits eine Magister- oder Master-Prüfung, Diplomprüfung oder Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien endgültig nicht bestanden hat, den Prüfungsanspruch in diesem Studiengang an der Universität Konstanz oder an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule verloren hat oder sich in einem solchen Prüfungsverfahren befindet.

(4) Die Entscheidung über die Zulassung trifft der Prüfungsausschuss aufgrund der eingereichten Unterlagen. Die Zulassung zur Master-Thesis darf nur versagt werden, wenn

1. die in Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, oder
2. die Unterlagen gem. Abs. 3 unvollständig und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind, oder
3. der Kandidat im Fach Politikwissenschaft oder Verwaltungswissenschaft eine Magister- oder Master-Prüfung oder Diplomprüfung oder Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien endgültig nicht bestanden hat, den Prüfungsanspruch in diesem Studiengang an der Universität Konstanz oder an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule verloren hat oder sich in einem solchen Prüfungsverfahren befindet.

(5) Die Zulassung erfolgt mit der Auflage, dass der Studierende bis zur Erbringung der letzten Prüfungsleistung einschließlich einer ggf. erforderlichen Wiederholung an der Universität Konstanz immatrikuliert ist. Die Immatrikulation ist ggf. durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung nachzuweisen.

§ 18 Teil I der Abschlussprüfung (studienbegleitende Prüfungsleistungen)

Teil I der Abschlussprüfung besteht aus insgesamt 11 schriftlichen Prüfungsleistungen sowie zwei Studienleistungen – einer Lehrveranstaltung Informationskompetenz sowie dem MA-Kolloquium – die studienbegleitend während des Master-Studiums in den folgenden vier Master-Modulen abzulegen sind. Mindestens drei Prüfungsleistungen müssen in englischsprachigen Lehrveranstaltungen in englischer Sprache absolviert werden.

Master-Modul 1: Methoden (Methods)

1. Forschungslogik I (Research Design I) (9 cr)
2. Forschungslogik II (Research Design II) (9 cr)
3. Informationskompetenz (Information Literacy) (5 cr)
4. MA-Kolloquium (4 cr)

In der Lehrveranstaltung Informationskompetenz (Information Literacy) sowie dem MA-Kolloquium sind unbenotete mit bestanden oder nicht-bestanden bewertete Studienleistungen zu erbringen.

Nur für Absolventen nicht-sozialwissenschaftlicher oder nicht verwaltungswissenschaftlicher oder nicht betriebswissenschaftlicher Studiengänge je nach den Gegebenheiten des Einzelfalls *einer* der folgenden Zusatzkurse:

- 2a Methoden der empirischen Politik- und Verwaltungsforschung (Basic Methods of Social Science Research)
- 2b Einführung in die Politische Theorie (Introduction into Political Theory)
- 2c Personal und Organisation (Introduction into Organization and Management Theory)

Master-Modul 2: Theoretische und empirische Grundlagen (Theoretical and Empirical Foundations)

1. Grundlagenseminar I (Basic Seminar I) (7 cr)
2. Grundlagenseminar II (Basic Seminar II) (7 cr)

In jedem der vier Programme werden Grundlagenseminare angeboten. Es müssen mindestens 2 Grundlagenseminare aus 2 Programmen belegt werden, davon mindestens 1 Grundlagenseminar in der Spezialisierung.

Master-Modul 3: Angewandte Methoden und Theorien (Applied Methods and Theories)

1. Seminar I (7 cr)
2. Seminar II (7 cr)
3. Seminar III (7 cr)
4. Seminar IV (7 cr)
5. Seminar V (7 cr)

Im Master-Modul 3 müssen 5 Seminare belegt werden, davon mindestens 2 Seminare aus dem Programm der Spezialisierung und mindestens 1 Seminar aus einem der Programme in dem keine Spezialisierung erfolgt.

Master-Modul 4: Angrenzende Programme und Nachbarfächer (Related Programs and Related Disciplines)

1. Programmbezogenes Seminar I (Program Related Seminar I) (7 cr)
2. Programmbezogenes Seminar II (Program Related Seminar II) (7 cr)

Die programmbezogenen Seminare können aus den Programmen des Master-Studiengangs (Grundlagenseminar oder Seminar) oder aus den Masterstudiengängen (oder Äquivalent) der Fächern Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Philosophie oder Psychologie im Umfang von mindestens je 6 cr gewählt werden. Bei einem von 6 cr abweichenden Cr-Umfang müssen im Master-Modul 4 mindestens 2 Kurse mit insgesamt mindestens 12 cr nachgewiesen werden. Wenn 12 cr überschritten werden, können keine weiteren Kurse in diesem Modul belegt werden. Die Gesamtnote des Moduls ergibt sich aus dem nach ECTS-Credits gewichteten Durchschnitt der Einzelnoten. Bei der Bildung der Noten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Bei Äquivalenzanerkennungen von Kursen aus dem Ausland können pro Kurs maximal 8 cr angerechnet werden.

Anmeldung, Zulassung, Durchführung, Form, Umfang und Bewertung von Prüfungen zu fachfremden Lehrveranstaltungen richten sich nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung des Studiengangs, zu dessen Curriculum die betreffende Lehrveranstaltung gehört. Der schriftliche Leistungsnachweis muss die Note und die Anzahl der ECTS-credits enthalten.

§ 19 Teil II der Abschlussprüfung (Master-Thesis)

(1) Die Master-Thesis ist eine schriftliche Prüfungsarbeit, in der der Kandidat zeigen soll, dass er in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein politik- und verwaltungswissenschaftliches Thema nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, einen Vorschlag für das Thema und den Betreuer zu machen. Mit der Ausgabe des Themas übernimmt der gem. § 7 bestellte Prüfer auch die Betreuung der Master-Thesis.

(2) Der Prüfungsausschuss entscheidet über den Themenvorschlag und die Prüfer.

(3) Der Zeitpunkt der Ausgabe, das Thema und die bestellten Prüfer werden dem Kandidaten vom Zentralen Prüfungsamt mitgeteilt und sind aktenkundig zu machen.

(4) Die Frist für die Anfertigung der Thesis beginnt mit der Ausgabe des Themas. Die Bearbeitungszeit für die Master-Thesis beträgt vier Monate. Themenstellung und Betreuung sind hierauf abzustellen. Kann der Kandidat aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen die Arbeit nicht in der vorgegebenen Frist bearbeiten, so kann er beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine Verlängerung der Bearbeitungs-

frist beantragen. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um die Zeit der Verhinderung – jedoch höchstens um einen Monat - verlängern. Der Antrag muss, abgesehen von begründeten Ausnahmefällen, spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Bearbeitungszeit beim Zentralen Prüfungsamt eingegangen sein und bedarf der Zustimmung des Betreuers der Thesis. Dauert die Verhinderung länger, so kann der Kandidat das Thema zurückgeben. Das Thema gilt dann als nicht ausgegeben. In diesem Fall muss nach Beendigung der Verhinderung unverzüglich die Ausgabe eines neuen Themas beantragt werden. Wird nicht innerhalb eines Monats nach dem Ablauf der Verhinderung ein neues Thema beantragt, wird dem Kandidaten von Prüfungsausschuss ein neues Thema zugeteilt.

(5) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten beiden Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist binnen vier Wochen zu stellen und auszugeben.

(6) Die Thesis ist fristgerecht in drei gebundenen, maschinengeschriebenen Exemplaren (Format DIN A4) sowie einmal in digitaler Form beim Zentralen Prüfungsamt einzureichen; davon verbleibt ein Exemplar bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens beim Zentralen Prüfungsamt. Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen. Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgeliefert, so gilt sie als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, es sei denn, der Kandidat hat das Fristversäumnis nicht zu vertreten.

(7) Bei der Abgabe der Thesis hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die von ihm angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat und dass diese noch nicht anderweitig als Abschlussarbeit einer Magister/Master-Prüfung oder vergleichbaren Prüfung eingereicht wurde. Er hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.

(8) Die Arbeit ist innerhalb von sechs Wochen von zwei Prüfern gemäß § 21 zu bewerten. Einer der Prüfer ist in der Regel derjenige, der das Thema gestellt hat. Der zweite Prüfer wird im Benehmen mit dem Erstprüfer vom Prüfungsausschuss bestimmt. Die Note wird gem. § 13 Abs. 3 gebildet.

(9) Wenn die Note eines Prüfers „ausreichend“ (4,0) oder besser, die des anderen „nicht ausreichend“ (5,0) lautet, bestellt der Prüfungsausschuss einen dritten Prüfer. Bewertet der dritte Prüfer die Thesis mindestens mit „ausreichend“ (4,0), so ist die Master-Thesis bestanden. Die Note wird in diesem Fall auf „4,0“ festgelegt oder, falls das dritte Gutachten günstiger lautet, aus dem arithmetischen Mittel der Noten der drei Gutachten gebildet. Bei der Bildung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Lautet die Note des dritten Prüfers „nicht ausreichend“ (5,0), so ist die Thesis nicht bestanden.

§ 20 Bewertung der Master-Prüfung, Bildung der Noten

(1) Die Master-Prüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsteile gem. §§ 18 und 19 mit mindestens "ausreichend" (4,0) benotet worden sind und die Lehrveranstaltung In-

formationskompetenz (Information Literacy) sowie das MA-Kolloquium mit bestanden bewertet worden sind.

(2) Gemäß § 13 Abs. 4 werden für jedes Modul Modulnoten gebildet.

(3) Aus den Modulnoten gemäß § 20 Abs. 2 wird die Note für Teil I der Abschlussprüfung mit folgender Gewichtung der Module gebildet:

- Modul 1: 20 %
- Modul 2: 20 %
- Modul 3: 40 %
- Modul 4: 20%

Bei der Bildung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(4) In die Gesamtnote, die gemäß § 13 gebildet wird, gehen folgende Einzelnoten mit folgender Gewichtung ein:

- Teil I der Abschlussprüfung gemäß § 20 Abs. 3 mit 60 %
- die Master-Thesis (Teil II) gemäß § 19 mit 40 %

(5) Hat ein Kandidat eine Gesamtnote zwischen 1,0 und 1,3 erreicht, so wird das Prädikat „ausgezeichnet“ verliehen.

§ 21 Zeugnis, Urkunde

(1) Aufgrund der bestandenen Master-Prüfung erhält der Kandidat ein Zeugnis. In diesem sind sämtliche Prüfungsleistungen der Master-Prüfung mit den jeweiligen Einzelnoten (einschließlich Dezimalnote), die Studienleistungen sowie die Gesamtnote (mit einer Kommastelle) und das Thema der Master-Thesis aufgeführt. Auf Antrag wird eine Bescheinigung ausgestellt, die über den erreichten Rangplatz Auskunft gibt.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine Urkunde ausgehändigt, mit der die Verleihung des akademischen Mastergrades beurkundet wird. Der akademische Grad darf erst nach Aushändigung der Urkunde geführt werden.

(3) Auf Antrag wird eine englischsprachige Übersetzung des Zeugnisses und der Urkunde ausgestellt. In der englischen Übersetzung wird für Teilnehmer der Programme Internationale Beziehungen und Europäische Integration (International Relations and European Integration), Vergleichende Politik und Policy-Analyse (Comparative Politics and Policy Analysis), Öffentliche Verwaltung und Konfliktmanagement (Public Administration and Conflict Management) die Bezeichnung „Master of Public Administration“ verwendet. In der englischen Übersetzung wird für Teilnehmer des Programms Management und Organisation (Management and Organizational Behavior) die Bezeichnung „Master of Arts in Politics and Management“ verwendet.

(4) Zeugnis und Urkunde werden vom Fachbereichssprecher des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz und dem Vorsitzenden des Zentralen Prüfungsausschusses unterzeichnet. Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

(5) Jedem Zeugnis wird ein Diploma Supplement nach dem European Diploma Supplement Model beigefügt. Im Diploma Supplement wird die Spezialisierung im entsprechenden Programm bestätigt. Das Diploma Supplement ordnet den Master-Studiengang dem „stärker forschungsorientierten“ Profiltyp im Sinne der ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen entsprechend dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 zu.

IV. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

§ 22 Wiederholung der Prüfungen, Nichtbestehen der Gesamtprüfung

(1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen, die mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet wurden oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden.

(2) Die Wiederholungsprüfung ist zum nächstmöglichen Prüfungstermin, jedoch spätestens in dem auf die nicht bestandene Prüfung folgenden Semester abzulegen; bei Versäumnis dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. Zwischen Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung müssen mindestens vier Wochen liegen.

(3) Eine zweite Wiederholung derselben studienbegleitenden Prüfungsleistung ist nicht möglich. Über Ausnahmefälle entscheidet auf schriftlichen Antrag der Prüfungsausschuss.

(4) Eine Master-Thesis, die mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet worden ist oder als nicht bestanden gilt, kann einmal wiederholt werden. Der Antrag auf Wiederholung muss spätestens zwei Monate nach Bestandskraft des Prüfungsbescheides eingereicht werden; bei Versäumnis dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. Eine Rückgabe des Themas ist nur dann zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Thesis von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(5) Die gesamte Master-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine oder mehrere studienbegleitende Prüfungsleistungen oder die Master-Thesis endgültig nicht bestanden sind.

§ 23 Bescheinigung über Nichtbestehen der Gesamtprüfung

(1) Kandidaten, die ihre Master-Prüfung endgültig nicht bestanden haben, erhalten hierüber einen schriftlichen Bescheid vom Zentralen Prüfungsamt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(2) Hat der Kandidat die Master-Prüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihm auf Antrag vom Zentralen Prüfungsamt eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die bestandenen Prüfungen (einschließlich Dezimalnote) und ggf. Studienleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

V. Schlussbestimmungen

§ 24 Ungültigkeit

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so können die Noten der Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Prüfungsleistung für "nicht ausreichend" (5,0) und die Master-Prüfung vom Prüfungsausschuss für "nicht bestanden" erklärt werden.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat darüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Prüfungsleistung für "nicht ausreichend" (5,0) und die Master-Prüfung vom Prüfungsausschuss für nicht bestanden erklärt werden.

(3) Der Kandidat ist vor einer Entscheidung anzuhören.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist zu entziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Master-Urkunde einzuziehen, wenn die Master-Prüfung aufgrund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

(5) Die Aberkennung des akademischen Grades richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 25 Rechtsmittel

Der Kandidat kann gegen solche Entscheidungen im Prüfungsverfahren, die einen Verwaltungsakt darstellen, Widerspruch erheben (§§ 68 ff. VwGO). Den Widerspruchsbescheid erlässt der Prorektor für Lehre auf Vorschlag des Zentralen Prüfungsausschusses, der hierzu den Prüfungsausschuss gemäß § 6 zu hören hat.

§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten

Nach Abschluss der Master-Prüfung wird dem Kandidaten auf Antrag innerhalb eines Jahres Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Das Zentrale Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 27 In-Kraft-Treten

(1) Diese Prüfungsordnung tritt zum 1. Oktober 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Prüfungsordnung in der Fassung vom 21. September 2006 (Amtl. Bkm. 44/2006) und der Änderung vom 27. Juli 2007 (Amtl. Bkm. 60/2007) außer Kraft.

(2) Studierende, die ihr Studium vor In-Kraft-Treten dieser Prüfungsordnung begonnen haben, setzen das Studium nach der bisherigen Prüfungsordnung fort. Sie können auf Antrag ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung fortsetzen.

Konstanz, 13. März 2008



Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhart von Graevenitz
- Rektor -